dieBasis
Basisdemokratische Partei Deutschland
Freiheit Machtbegrenzung Achtsamkeit Schwarmintelligenz

202511_SACH_001

Sachantrag – Ordentlicher Bundesparteitag 2025

Antragsteller	
Mitgliedsnummer	
Kontakt / Email	
Datum	7/8/25
Sachantrag / Inhalt (1-2 Sätze)	Abschaffung Prostituiertenschutzgesetz, vollständige Entkriminalisierung von Sexarbeit
	Die Mitgliederversammlung möge Folgendes beschließen:
abstimmungsfähiger Wortlaut	Die Basisdemokratische Partei Deutschland dieBasis fordert die vollständige Entkriminalisierung der Sexarbeit. Das bedeutet die Abschaffung des Prostituiertenschutzgesetzes, die Beendigung der Regulierung von Sexarbeit durch das Strafrecht und die Aufhebung von Sperrgebietsverordnungen. Sexarbeit ist rechtlich wie jede andere Arbeit zu behandeln. Das Prostitutionsgesetz soll durch eventuell nötige oder wünschenswerte Regularien ersetzt werden, die in Zusammenarbeit mit den in der Sexarbeit tätigen Personen erstellt werden.
Begründung (Sollte der Platz nicht reichen, ergänze bitte mit einer Anlage und vermerke hier bitte den Dateinamen).	Sexarbeit ist Arbeit und in diesem Sinne ist es ein Gebot der Freiheit, dass auch dieser Beruf frei gewählt und in Freiheit ausgeübt werden darf. Dazu bedarf es der vollständigen Entkriminalisierung. Rechtlich muss Sexarbeit wie jede andere legale Arbeit behandelt werden. Das Prostituiertenschutzgesetz mit seinen Zwangsanmeldungen und Zwangsberatungen ist in seinem Anspruch, Sexarbeitende zu schützen, gescheitert; vielmehr hat es jede zweite Sexarbeitende in die Illegalität getrieben. Eventuell nötige oder wünschenswerte Regulierungen müssen in Zusammenarbeit mit den in der Sexarbeit Tätigen erarbeitet werden. Eine Grundlage wäre z. B. der von SMART-Berlin in einer Reihe von Workshops erarbeitete Entwurf für ein Sexarbeitsgesetz (SAG) (https://smart-berlin.org/ressourcen/sexarbeitsgesetz-sag/).